

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

04-06/2024/ Nr. 89

## Österreich darf nicht in die Kriegspolitik von NATO und EU hineingezogen werden

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Die Anzeichen mehren sich, dass der westliche Block NATO-EU eine direkte kriegerische Auseinandersetzung mit Russland anstrebt. Der Westen hat sich verspekuliert, nicht Russland. Er glaubte, die Drecksarbeit für ihn würde die Ukraine alleine bewältigen. Doch das ging daneben. Mit bloßen Waffenlieferungen auf Kosten des Steuerzahlers und sich feig im Hintergrund Halten geht es jetzt anscheinend nicht mehr. Europa befindet sich am Rand eines Abgrunds. Es ist nicht erkennbar, dass die maßgeblichen Politiker das begriffen haben oder begreifen wollen. Stattdessen setzen sie weiterhin auf Kriegsrhetorik, Provokationen, Lieferungen von immer mehr und immer stärkeren Waffen mit immer größerer Reichweite und immer intensiverem Einsatz von eigenem Militärpersonal. Es ist unschwer zu erkennen: Ein Krieg NATO – Russland zeichnet sich ab.

Just in dieser Bedrohungslage findet eine EU-Wahl statt. Die bisherige Kommissionspräsidentin, obwohl mehrfach unter Korruptionsverdacht, will wiedergewählt werden. Sie verspricht, für Frieden, Sicher-

heit, Freiheit und Wohlstand einzutreten. Will sie jetzt auf diplomatischem Wege ähnlich den Entscheidungsträgern des 17. Jahrhunderts Friedensgespräche ohne Vorbedingungen einleiten? Damals, nach dem Dreißigjährigen Krieg, wurde in Münster und Osnabrück, um überhaupt Gesprächsbereitschaft herzustellen, festgelegt, dass es keine Vorbedingungen geben soll, d.h. keine Wiederherstellung von alten Zuständen, keine Rückgabe von Besitztümern und keine Reparationszahlungen. Will sich jetzt Ursula von der Leyen auch dafür einsetzen? Aber nein, nicht doch! Frieden bedeutet doch noch mehr Krieg, Sicherheit noch mehr Gefahr, Freiheit noch mehr Druck und Wohlstand noch mehr finanzielle Belastung!

Wir sehen, dieses System ist auf Verdrehungen und Lügen aufgebaut. Das begann für Österreich schon mit der Beitrittspropaganda 1994 (Seite 5, vergleichen Sie selbst!).

Bei der kommenden EU-Wahl wird leider keine der beiden ÖXIT-Listen auf dem Stimmzettel stehen. Was wir befürchtet haben, ist eingetreten. Dadurch, dass beide Gruppierungen getrennt anzutreten versuchten, haben sie sich gegenseitig behindert. Für die größere Liste, bestehend aus Initiative Heimat & Umwelt, Freisinnige Partei, Christliche Partei Österreichs, Partei



Rathaus des Westfälischen Friedens in Osnabrück  
**Frieden muss immer das Ziel aller Politik sein.**

Das liest man auf der Webseite der stolzen „Friedensstadt Osnabrück“. Dort wurde nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 der Westfälische Frieden geschlossen.

Liebe Friedensnobelpreisträgerin EU, zeige dein Bemühen und wahre Größe! Wirke vermittelnd in Richtung Friedensverhandlungen mit Russland – auf gleicher Augenhöhe und ohne Vorbedingungen! Dann könnten alle Bewohner mit Überzeugung sagen, wir leben gerne in **Europa, wo Frieden Geschichte und Zukunft hat.**

Quellen: <https://friedensstadt.osnabrueck.de> > de > die-friedensstadt-wo-frieden-geschichte-und-zukunft-hat > westfaelischer-friede; wikipedia.org

für Österreich und Initiative demokratie.at war das besonders schmerzlich, denn es fehlten nur wenige Unterstützungserklärungen auf die erforderlichen 2 600. Dank an alle für die wie immer geartete Mitarbeit. Dennoch überlegt dieses Bündnis „EU-Austritt für Österreich (ÖXIT)“ eine Bewerbung für die Teilnahme an den Nationalratswahlen im Herbst.

Jetzt wünschen wir Ihnen, liebe Leser, dass Sie trotz der besorgniserregenden Nachrichten die positiven Seiten des Lebens nicht aus den Augen verlieren – und eine schöne Ferienzeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Österreich darf nicht in die Kriegspolitik von NATO und EU hineingezogen werden
- 2 RKI-Protokolle belegen – Covid-Maßnahmen waren nicht wissenschaftlich begründet
- 2 Russland richtet Konferenz „Für die Freiheit der Nationen“ aus
- 2 Covid und Klima – zwei Instrumente eines totalitären Zwangssystems?
- 3 Beabsichtigt der Westen eine Ausweitung des Krieges gegen Russland?
- 3 Lesens-, sehens-, hörens wert
- 3 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes
- 8 Impressum

*Ich mahne unablässig zum Frieden.  
Dieser, auch ein ungerechter, ist besser  
als der gerechteste Krieg.*

Cicero, römischer Politiker und Philosoph, 106 bis 43 v. Chr.

## RKI-Protokolle belegen: Covid-Maßnahmen waren nicht wissenschaftlich begründet, sondern wurden politisch beschlossen

Die nach zweijährigem gerichtlichen Kampf des Online-Magazins „Multipolar“ gegen Ende März endlich veröffentlichten Sitzungsprotokolle des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI), einer dem deutschen Gesundheitsministerium unterstellte Behörde, bringen das gesamte Covid-Maßnahmen-Regime mit seinen noch nie dagewesenen Grundrechtseinschränkungen in arge Bedrängnis. Vor allem tauchen bei Durchsicht der mehr als 1000 Seiten, trotz der zahlreichen Schwärzungen, die das RKI vor der Veröffentlichung noch durchführte, schwere Zweifel auf. Sie betreffen die wissenschaftlich-medizinische Begründung und ethische Verantwortbarkeit von Lockdown, Schulschließungen, Wegsperrungen von Kranken und Alten, Tragen von FFP2-Masken, 3-G-Regel und Diskriminierung von Ungeimpften. Mehr noch, es stellt sich die Frage, ob denn diese „Schutzmaßnahmen“, die alle auf der Einschätzung des RKIs beruhten, nicht gefährlicher waren als das Virus selbst. **Denn die Protokolle belegen, dass die Hinaufstufung der Gefährlichkeit des Virus von „mäßig“ auf „hoch“ auf politische Einflussnahme zurückzuführen war.** Von welcher Seite diese kam, ist allerdings nicht feststellbar, weil die betreffende Stelle geschwärzt ist. Das wirft einige weitere Fragen mit Sprengkraft auf.

Hatten also die verhöhnten „Schwurbler“ und „Querdenker“ doch Recht? Haben sie auch Recht, wenn sie einen Sinnzusammenhang mit den sonderbaren Krankheiten und Todesfällen herstellen?

Auch in Österreich kam es zu einer teilweisen Veröffentlichung von Protokollen der von der Regierung eingesetzten Corona-Kommission. Sie belegen, dass die österreichische Politik ähnlich wie die deutsche gehandelt hat: die gleiche Panikmache, im Widerspruch zu den Empfehlungen der Kommission die noch härteren Maßnahmen, weil es bei uns im Gegensatz zu Deutschland eine allgemeine Impfpflicht gab. Während in Deutschland zumindest einige große Blätter zum Thema schreiben, herrscht in Österreichs Medienlandschaft großes Schweigen. Hier kam es auch zu Bereicherungsfällen durch der Regierung nahestehende Unternehmen und Personen.

BK Nehammer stellte bereits klar, dass

*Covid ist ein rein politisches, kein medizinisches Phänomen. Es war alles ein Betrug. Alles.*

Nick Hudson, Vorsitzender der Organisation Pandemics Data & Analytics (PANDA) in einer ersten Reaktion im englischsprachigen Raum auf die Bekanntmachung der RKI-Protokolle

kein Rechtsanspruch auf Einsicht in die Akten der Kommission bestehe. Doch die von BK Nehammer versprochene Aufarbeitung der Corona-Krise ist einen Schritt weiter gekommen. Wer jedoch erwartet, dass es sich dabei um die Fehler von Regierung, Fachleuten und Medien handelt, täuscht sich. Ein inzwischen erschienener 100-seitiger Bericht der dem Bundeskanzleramt unterstehenden Bundesstelle für Sektorenfragen(!) beschäftigt sich unter dem Titel „Das Telegram-Netzwerk der österreichischen Covid-19-Protestbewegung und die Verbreitung von Verschwörungstheorien“ ausschließlich mit den „Verfehlungen“ der Corona-Leugner, die „den demokratischen Zusammenhalt unterterminieren und das Vertrauen in die demokratischen Prinzipien schwächen“. Ja, die Corona-Maßnahmen waren wirklich sehr demokratisch!

**Wir haben es bei der gesamten Covid-Politik um einen Kriminalfall von epochalem Ausmaß zu tun,** der dringend der juristischen und politischen Aufarbeitung auf Grundlage aller ungeschwärzten Protokolle harret, denn sonst besteht die Gefahr, dass das gleiche Machtkartell zu weiteren vorsätzlichen Lügen und Amokläufen gegen die Bevölkerung ansetzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass es diesen Mega-Skandal aussitzen kann.

## Russland richtet Konferenz „Für die Freiheit der Nationen“ aus

Zeitgleich zu der vom westlichen Block initiierten Münchner Sicherheitskonferenz fand Mitte Februar in Moskau die Konferenz „Forum der Unterstützer des Kampfes gegen moderne Praktiken des Neokolonialismus. Für die Freiheit der Nationen“ mit Teilnehmern aus 50 Ländern statt. Termin und Inhalte dieses im Westen weitgehend totgeschwiegenen Treffens mit Teilnehmern aus 50 Ländern belegen, dass es Russland hauptsächlich darum ging, **an die Adresse der Münchner Veranstaltung gerichtete Alternativen zu deren Kriegs- und Waffenlieferungsrhetorik aufzuzeigen.**

Die Teilnehmer erklärten, sich für „den Aufbau einer fairen und gerechten multipolaren Weltordnung“ einsetzen zu wollen. Die Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze der Gleichheit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und der Achtung der kulturellen Identität sollen dabei eine zentrale Rolle spielen.

Die von (neo)kolonialer Ausbeutung und ihren Folgen betroffenen Staaten bilden

die Mehrheit in der Welt. Über ihre Bekämpfung ist ein konstruktiver Dialog zu führen. Die UNO-Charta ist universelles Völkerrecht, nicht aber die „regelbasierte Weltordnung“, bei der der Westen die Regeln definiert und selektiv anwendet, z. B. Afghanistan – Ostukraine.

In der Abschlusserklärung heißt es auch: „Das Forum bringt seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck, dem das Recht auf Selbstbestimmung und Frieden, vorenthalten wird.“

Quelle: zeit-fragen.ch

## Covid und Klima – zwei Instrumente eines totalitären Zwangssystems?

Die mit der Covid-Pandemie weltweit verfolgten Pläne der selbsternannten Menschheitsführer sind in ihrer offiziellen medizinischen Zielsetzung gescheitert. Das dürfte inzwischen auch den hartnäckigsten Maßnahmen-Befürwortern, wenn sie die gesamte Szenerie unvoreingenommen Revue passieren lassen, insgeheim

klar geworden sein. Dieser grandiose Sieg der Vernunft und Menschlichkeit ist durch die ausgegrenzten und unter Druck gesetzten Ungeimpften möglich geworden. Sie liefern als Kontrollgruppe den lebendigen Gegenbeweis zur verbreiteten Panikmache von der angeblich tödlichen Gefahr des Virus und der Impfung als un-

gänglicher und alternativloser Weg aus der Gesundheitskrise. Die entscheidende Frage ist: **Wussten die Verantwortlichen mehr, als sie der Öffentlichkeit kommunizierten?**

Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass es beim medizinischen Aspekt sein Bewenden hat. Zu deutlich sind in der Anti-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Covid-Maßnahmenpolitik noch andere, verschwiegene Zielsetzungen der globalistischen „Menschheitsbeglucker“ hervorgetreten: Kontrolle, Überwachung, Gängelung, Verängstigung, Spaltung, soziale Isolation, Zensur und Diffamierung bei abweichender Meinung, Vorantreiben der Digitalisierung und Bargeldabschaffung, Bevölkerungsreduktion. Es ist erfahrungsgemäß nicht zu erwarten, dass diese so schnell von ihren Vorhaben abrücken.

**Als Probelauf für die Einführung eines wirksamen Systems der Verhaltenssteuerung und Einstellungsänderung angesichts einer vorgeblichen gesamtgesellschaftlichen Bedrohungslage ist die Corona-Politik durchaus nicht ge-**

**scheitert.** Im Gegenteil, die Durchsetzung eines elitären Allmachtsanspruchs bis in die privatesten Bereiche der gesamten Bevölkerung ist sogar sehr gut gelungen. Mit der Einführung eines Sozialkredit- oder Sozialpunktesystems, anfangs auf freiwilliger Basis und mit Anreizen arbeitend, später mit beständig erhöhtem Druck in Richtung Totalüberwachung und -bewertung, könnte durchaus als Modell für die Zukunft gedacht sein. Vieles spricht dafür, dass jetzt **statt der Gesundheitskrise der Klimawandel**, dessen Gefährlichkeit mit der gleichen Penetranz hochgekocht wird, als zentraler ideologischer Vorwand für diesen Transformationsprozess Verwendung findet.

Zum Sozialpunktesystem und der digitalen Identität (eID) gesellt sich als gefährlichstes Mittel der Wahl die Einführung einer digitalen Währung. Mit der Abschaffung des Bargelds ist dem totalitären Zwang zu der von den Machteliten gewünschten Konformität Tür und Tor geöffnet, denn wer nicht den nötigen Sozialpunktstand erreicht, hat dann einfach kein (digitales) Geld mehr.

Wir haben noch eine Chance, diesem dystopischen Albtraum zu entrinnen, wenn immer mehr Menschen diese Zusammenhänge durchschauen und Widerstand zu leisten beginnen.

Quellen: M. Nehls, *Das indoktrinierte Gehirn*; *express.at*

## Beabsichtigt der Westen eine Ausweitung des Krieges gegen Russland?

Entgegen den bisherigen verlogenen Behauptungen des Westens, er führe keinen Krieg gegen Russland – wie wenn nicht schon die ohne Zustimmung der UNO erlassenen Sanktionen ein Wirtschaftskrieg wären – ergibt sich diese Frage zwangsläufig, wenn man auf die Entwicklungen der letzten Wochen blickt.

Dabei wird man unschwer feststellen können, dass sich die Gangart verschärft und die politische Auseinandersetzung zwischen bedingungslosen Befürwortern des Krieges vor allem in den etablierten Parteien und von ihnen abhängigen Medien und jenen, die diese ausweglose, kolonialistische Strategie eines westlichen Stellvertreterkriegs auf dem Boden der Ukraine kritisch sehen, radikalisiert. Das Ziel der wirtschaftlichen Destabilisierung und militärischen Niederringung Russlands wurde damit nicht erreicht. Diese Erkenntnis scheint inzwischen auch bei den fanatischsten Russland-Hassern angekommen zu sein.

In dieser Logik ergibt sich die Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen westlichen Strategie dahingehend, dass ein direkter Eingriff von NATO und EU unumgänglich ist, wofür derzeit die Bevölkerung mental vorbereitet wird.

Ein ganzes Paket von Maßnahmen und (scheinbar) zur Diskussion gestellten Vorschlägen spricht für diese Befürchtung.

Bereits wenige Tage nach der Bewilligung von Waffenlieferungen im Umfang von 61 Milliarden Dollar(!) durch den US-Kongress wurden um den 25. April bereits Atoms-Raketen mit einer Reichweite von 300 km und damit tief in das russische Staatsgebiet eindringend, in die Ukraine geschickt, wohl wissend, dass aufgrund mehrfacher eindeutiger Äußerungen Präsident Putins in einem solchen Fall mit einer heftigen Reaktion einschließlich möglichem Atomkrieg zu rechnen ist.

Zurzeit findet das größte NATO-Manöver seit Sowjetzeiten mit 90 000 Soldaten „an der Ostflanke“ statt. Es werden nun auch längerfristig Militärpersonal und Waffen dort stationiert, z.B. von Deutschland in Litauen. Die westliche Politik dreht in unverantwortlicher Weise an einer Eskalationsspirale.

Es ist eine merkbare Militarisierung und auch verbale Aufrüstung der EU festzustellen, erkennbar u.a. an der beabsichtigten Aufstellung eines Verteidigungskommissars nach der EU-Wahl, was nur erklärlich ist, wenn es Aufgaben für einen solchen Posten gibt, z.B. Koordinierungsoptimierung der Kriegsvorbereitung(?).

Vorschläge werden in den öffentlichen Diskurs eingeschleust, die vor wenigen Wochen noch undenkbar waren. So überlegt Frankreich den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine. Deutschland als von den USA abhängiges



*Ehrengarde für die Gefallenen des 2. Weltkrieges an der Kremelmauer in Moskau*

Zahlreiche Marmorstelen sollen an die „Heldenstädte“ dieses Krieges erinnern. Auch Kiew ist neben anderen ukrainischen Städten wie Odessa und Sewastopol für die russische Bevölkerung eine stark verehrte Heldenstadt mit einem eigenen Erinnerungsstein – im Vordergrund ersichtlich. Quelle: rp

Land in Europa diskutiert die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Aufstockung des Militäretats und die Rückführung von geflüchteten wehrpflichtigen Ukrainern. Dazu gesellt sich eine noch nie dagewesene Hetze gegen Andersdenkende und ihre Kriminalisierung, wenn sie sich nicht bedingungslos für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und damit für eine Verlängerung eines für Europa nur mehr unter katastrophalen Umständen zu gewinnenden Krieges und für eine Verlängerung des Sterbens aussprechen, z.B. gegen Trump in den USA und gegen die AfD in Deutschland, den beiden wichtigsten Ländern der Kriegsallianz.

**Man kann die österreichischen Politiker und Medien nur eindringlich davor warnen, bei diesem üblen Spiel mitzumachen. Kein vernünftiger Mensch kann ein Interesse daran haben, Österreich in einen Krieg hineinzuziehen und österreichische Soldaten für transatlantische Weltmachtansprüche zu opfern.**

***Die Beseitigung eines strategischen Gegners ohne Einsatz von US-Truppen ist der Gipfel der Professionalität. So können wir uns auf das konzentrieren, was wir gegen unseren Hauptgegner tun sollten, der im Moment China ist.***

Aussage des US-Generals Keith Kellogg im Streitkräfte-Ausschuss des US-Senats im Hinblick auf Russland und den Krieg in der Ukraine

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Angriff auf die Neutralität.** Seit wann vernachlässigen österreichische Regierungen die Neutralität? Bereits bei den vertraulichen Beitrittsverhandlungen 1993 vereinbarte Außenminister Alois Mock (Regierung Franz Vranitzky) keinen grundsätzlich möglichen „Neutralitätsvorbehalt“, mit fatalen Konsequenzen. Stellungnahme von Daniel Jenny in [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch).
- **Analyse der Friedensverhandlungen.** Von Michael von der Schulenburg, Hajo Funke und Nato-General a. D. Kujat. Detaillierte Rekonstruktion der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen im März 2022. Jetzt ist die Gefahr groß, dass sich der Krieg zu einem permanenten Konflikt ausweitert, der viele weitere Menschenleben kosten könnte. Ein Waffenstillstand gefolgt von Friedensverhandlungen ist jetzt notwendig. [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de)
- **Die Drahtzieher der EU – Die EU auf dem Weg zur Kriegs-Union.** Zum Beschluss, die Rüstungsindustrie in den nächsten Jahren massiv auszubauen. Die Europäische Union - und somit jeder EU-Bürger - befindet sich somit auf dem Weg zur Kriegs-Union. Video (Dauer: 26:58). [www.kla.tv/26026](http://www.kla.tv/26026)
- **Der Planet will Frieden.** Auf dem diesjährigen Gipfeltreffen der amerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), hob UNO-Generalsekretär Antonio Guterres in seiner Rede hervor, dass „Lateinamerika und die Karibik bewiesen haben, dass eine Einigung für den Frieden möglich ist.“ Das Gipfeltreffen der CELAC gilt als zentraler Ort der Begegnung und des Austauschs, unabhängig von der politischen Einstellung der Regierungen. Wichtige Themen waren die aktuellen globalen Probleme, die Verteidigung der Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Iran zerschmettert US-Macht im Nahen Osten.** Interview von Prof. Pascal Lottaz mit dem US-Botschafter Chas Freeman. Mit einer unglaublichen Diplomatie schaffte es der Iran, sich aus dem Würgegriff der USA zu befreien. Youtube-Video (Dauer: 39:02). <https://seniora.org>.
- **Roboter töten bereits für die US-Polizei.** Kämpfende Roboter sind für Armeen und Exekutiv-Organisationen interessant. Wer die intelligentesten Waffensysteme (AWS) hat, gewinnt die Kriege der Zukunft. „Maschinen sollten nicht darüber entscheiden dürfen, wer lebt und wer stirbt“, meint die Obfrau der österreichischen Kampagne „Stoppt Killer-Roboter“, Margit Seyer ([www.krcaustria.at](http://www.krcaustria.at)). Artikel in der Wochenzeitung DgW Nr.19/24.
- **Wikipedia – Kontrollinstrument in den Händen der Geheimdienste?.** Geheimdienstinformanten, CIA- und FBI-Mitarbeiter, PR-Firmen, staatliche Akteure und aktivistische Gruppen spielen eine wichtige Rolle bei Wikipedia. Video (Dauer: 8:02). [www.kla.tv/28571](http://www.kla.tv/28571)
- **Warum Deutschland Gefahr läuft, sich „direkt“ im Krieg gegen Russland zu beteiligen.** Artikel in [www.weltwoche.ch](http://www.weltwoche.ch)
- **Die USA helfen der Ukraine wieder auf Kosten Europas.** Der Ukrainekrieg hat letztlich den Zweck, dass die US-Weltmacht zwei entscheidende Konkurrenten - Russland und Deutschland - langfristig schaden und sich der Auseinandersetzung mit China widmen kann. Artikel von Prof. Dr. Eberhard Hamer auf [www.goldseiten.de](http://www.goldseiten.de)
- **Zeit vor dem Bildschirm verschlechtert Sprachfähigkeit von Kleinkindern.** Australische Forscher haben untersucht, wie sich der TV-Konsum auf das Sprachverhalten von kleinen Kindern auswirkt. Das Ergebnis: Jede Minute Fernsehen verschlechtert ihre Kommunikationsfähigkeit auf messbare Weise. Artikel auf [www.mdr.de](http://www.mdr.de)
- **Wenn Familie zum Auslaufmodell wird.** Transhumanismus ist eine Wissenschaftsreligion, die von einem Menschenbild ausgeht, das allein auf Machbarkeit beruht. Genmanipulation und die Verschmelzung biologischer und künstlicher Intelligenz sind die hierfür bevorzugten Methoden. Artikel in der Wochenzeitung „Die Tagespost“.

## Wussten Sie.....?

### Österreichische Regierung hintergeht Willen der Bevölkerung

Wie erst vor kurzem bekannt geworden ist, hat die derzeitige schwarz-grüne Regierung bereits vergangenen Herbst einen Brief an die NATO in Brüssel geschickt, in

*Hintergrund war, dass Präsident Putin im Herbst 2021... tatsächlich einen Vertragsentwurf schickte, den die NATO unterzeichnen sollte und der keine weitere NATO-Erweiterung versprach. Das hat er uns geschickt. Und das war eine Voraussetzung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Das haben wir natürlich nicht unterschrieben... Um es noch einmal zu sagen: Er zog in den Krieg, um die NATO, noch mehr NATO, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern.*

Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 7. September 2023 vor einem gemeinsamen Ausschuss des Europäischen Parlaments.

Quelle: telepolis.de

**Genau das, was der Westen immer bestreitet, der behauptet, Putin will sich die Ukraine einverleiben.**

dem sie gemeinsam mit Irland, Malta und der Schweiz ihre Bereitschaft bekundete bzw. regelrecht dafür bettelte, die Zusammenarbeit mit dem Militärbündnis „vertiefen“ zu dürfen. Skyshield, Truppentransporte und Überflüge der NATO durch und über Österreich und Teilnahme an NATO-Übungen sind anscheinend noch nicht genug. Offenbar dürstet die österreichische Regierung danach, österreichische Grundwehrdiener in einen Krieg gegen Russland zu hetzen, und das wohlweislich mit dem Wissen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung von ca. 80 % gerade in der jetzigen gefährlichen Situation der Ausweitung des Ukraine-Krieges gegen einen NATO-Beitritt ist, denn das bedeutet ja letztlich die „Vertiefung der Zusammenarbeit“.

Dass die Regierung gezielt und bewusst gegen den erklärten Willen der Bevölkerung agierte, geht aus der Tatsache hervor, dass sie diesen Brief, bei dem es ja um einiges ging, der Bevölkerung monatelang verheimlichte. Und das nennen die

Kartellparteien dann „unsere Demokratie“! Der Grund für dieses Ansuchen liegt in einem Verlangen nach Anbiederung an den vermeintlich Mächtigeren oder in der Erwartung eines russischen Angriffs auf Österreich, was völlig absurd ist. Russland hat kein Interesse an einer militärischen Eroberung eines neutralen Landes, wenn es sich tatsächlich an seine Neutralität hält. Es will nur nicht feindliche Raketenabschussrampen an seinen Grenzen haben. Die USA will das auch nicht.

**Eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Russland im Sinne unserer Neutralität gerade jetzt ist im Gegenteil der beste Schutz für Österreich. Und genau das verweigert die derzeitige Regierung. Das Neutrale Freie Österreich fordert deswegen einen Austritt aus der verlogenen „Partnerschaft für den Frieden“ (PdF) und aus der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, die unserer Neutralität ebenfalls widerspricht.**

Quellen: diepresse.com; servustv.com

## Nun ermittelt die Europäische Staatsanwaltschaft gegen Ursula von der Leyen

### Die historische EU-Beitrittspropaganda 1994/95 IN ALLEN MEDIEN

1. Der österreichische Schilling wird erhalten bleiben.
2. Die Neutralität bleibt gewahrt.
3. Die Lebensmittel werden nach dem EU-Beitritt billiger.
4. „Ederer-Tausender“: Eine 4-köpfige Familie wird sich pro Monat 1000 Schilling (heute 72 Euro) ersparen.
5. Das österreichische Bankgeheimnis wird bleiben.
6. Ein Nicht-Beitritt wird 31.000 Arbeitsplätze kosten.
7. Europa wird mehr Arbeitsplätze bringen.
8. In der EU ist das Preisniveau niedriger - die Preise werden um bis zu 70% fallen.
9. Eine Überfremdung Österreichs ist keinesfalls zu befürchten.
10. Die damalige Regierung drohte: „Wenn Österreich dabei ist, können wir mitreden. Gemeinsam statt einsam. Ansonsten wird über unser Land bestimmt.“
11. Nur in der EU sind die Pensionen auf Dauer gesichert.
12. Ein EU-Beitritt erhöht die Sicherheit im Land.
13. Es wird keine Steuererhöhungen geben.
14. Die Anonymität des Sparbuches wird in der EU unangetastet bleiben.

„Uns liegen keine spezifischen Informationen vor, was die EPPU untersuchen könnte“, sagte eine Sprecherin der EU-Kommission. Das war alles. Mehr gab es zu der bemerkenswerten Tatsache, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPU) erstmals gegen eine(n) Inhaber(in) des mächtigsten Amtes in der EU wegen möglicherweise strafbaren Fehlverhaltens ermittelt, von offizieller Seite nicht zu sagen.

Bald nachdem ein Covid-Impfstoff zur Verfügung stand, hatte die Kommission dessen Kauf an sich gezogen. 2021

vereinbarten der Pfizer-Chef Albert Bourla und von der Leyen einen Impfstoff-Vertrag, den sie persönlich ausgehandelt hatte, ohne dafür ein entsprechendes Mandat zu haben. Über mehrere Monate hatten sich beide per SMS über das Geschäft besprochen. Dabei ging es um die Lieferung von 1,8 Milliarden Impfstoffdosen mit einem geschätzten Auftragsvolumen von 35 Milliarden Euro aus EU-Steuergeldern. Die schiere Menge der bestellten Impfstoffdosen, allein mit der jeder erwachsene EU-Bürger mit fünf Impfungen hätte „beglückt“ werden können, sorgte jedoch im Nachhinein für Aufsehen. Im letzten Jahr mussten Dosen im Wert von mindestens 4 Milliarden Euro vernichtet werden. Zugleich war der Preis trotz der hohen Abnahmemenge um

wundersame 25 Prozent gestiegen. Die Kommission hatte damit Pfizer fast ein europäisches Monopol auf dem Impfstoffmarkt ermöglicht, was nach EU-Wettbewerbsregeln zumindest fragwürdig ist.

Deshalb wollten einige Institutionen, u.a. der Europäische Rechnungshof, Einsicht in die SMS-Nachrichten erhalten, was jedoch mit absurden Argumenten abgewiesen wurde. Ein Kläger aus Belgien erachtete die EU-Transparenzregeln von der Kommissionspräsidentin als verletzt. Ihm schlossen sich die ungarische und polni-

sche Regierung an wegen mutmaßlichen Verstoßes gegen die Grundrechtecharta der EU. Die Klage wegen „Einmischung in öffentliche Ämter, Vernichtung von SMS, Korruption und Interessenskonflikten“ wurde dann der EPPU mit Sitz in Luxemburg übergeben.

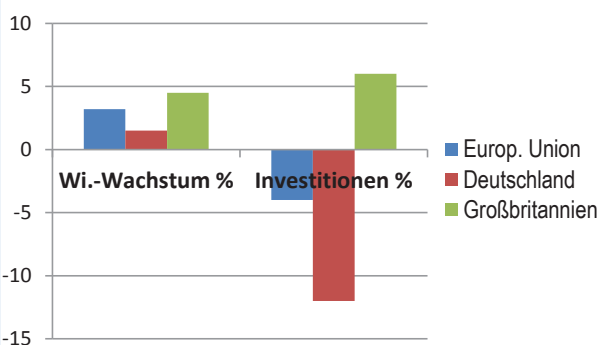
Ursula von der Leyen schweigt nach wie vor. Für sie kommt die Klage zu einem ungunstigen Zeitpunkt, bewirbt sie sich doch als „Spitzenkandidatin“ der Europäischen Volkspartei für eine neuerliche Amtszeit – vor dem Hintergrund der geschilderten Ereignisse eigentlich ein Zumutung, ja eine Frechheit.

Dabei sprach sie von „unseren Werten“. Welche Werte sind das? Mit Blick auf das geschilderte Vorgehen und ähnlichen Aktionen bereits als deutsche Verteidigungsministerin möchte einen das Gruseln überkommen. Sie versprach, für Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand einzutreten. Das klingt wie eine Verhöhnung, denn statt Frieden haben wir jetzt Krieg mit Russland, statt Sicherheit Multikulti-Strassenkämpfe und eine ungewisse Zukunft, statt Freiheit ein Überwachungssystem mit Corona-Maßnahmen, Vermögensregister, drohender digitaler Identität (eID) und Bargeldabschaffung, statt Wohlstand eine lahrende Wirtschaft, Energie- u. Lebensmittelverteuerung und vermehrte Arbeitslosigkeit – alles Empfehlungen für Ursula von der Leyen?

Quellen: nzz.ch; dw.com; DgW 11/24

### Wirtschaftswachstum - Zahlenvergleich

Dieses Balkendiagramm veranschaulicht die konjunkturelle Entwicklung der zwei größten westeuropäischen Staaten und der EU anhand des Wirtschaftswachstums und der ausländischen Investitionen.



Hier die statistischen Zahlen für das Wirtschaftswachstum(a), gemessen am realen jährlichen BIP von 2021-2023 und den ausländischen Investitionen(b) für 2023.

BRD: (a) 1,5 %, (b) - 12 %

GB : (a) 4,5 %, (b) + 6 %

EU : (a) 3,2 %, (b) - 4 %

Das Wirtschaftswachstum Großbritanniens nach dem Austritt aus der EU war somit 3 x so hoch wie das Deutschlands innerhalb der EU. In Deutschland gab es im letzten Jahr so wenig ausländische Investitionen – sie tragen immerhin zu einem Viertel zur Wirtschaftsleistung bei – wie seit 10 Jahren nicht mehr. Seit 2017 sind sie um 35 % gesunken. In der EU sind sie seit dem letzten Vor-Corona-Jahr 2019 um 11 % gesunken.

Quelle: ntv.de; AfD, NRW-Landtagsfraktion Grafik: rp

### Unterstützenswerte Volksbegehren

Wir empfehlen für die Einleitung von folgenden aktuellen Volksbegehren Unterstützungserklärungen abzugeben:

„**RUSSLAND-Sanktionen: Nein!**“

„**FÜR obligatorische Volksabstimmungen**“

„**FÜR fakultative Volksabstimmungen**“

„**GEMEINDE-Volksabstimmungen**“

„**EU-AUSTRITT: JA!**“

„**DIREKTE Demokratie JETZT!**“

„**Schilling statt Teuro**“

Detail-Informationen unter: [www.bmi.gv.at/411/](http://www.bmi.gv.at/411/)

### Ukraine – Mittel zum Zweck

Ich traue mich laut zu fragen: Ist die Ukraine mit ihren Soldaten für den Westen nicht längst ein Mittel geworden? Ein Mittel zum Zweck des Krieges gegen „Putins“ Russland? Denn auch wenn die Söhne der Ukraine von sich aus ein Ende des Krieges wünschten – gleich wie, sie sind praktisch gezwungen, weiterzukämpfen mit den Waffen des Westens, damit sich diese „Unterstützung“ auch lohnt! Oft bezahlt mit dem Tod der Söhne. Es wird argumentiert, der Preis müsse bezahlt werden für die Rettung der „Demokratie“ auch in Europa, ja der ganzen Welt, vor allem, „die ukrainischen Soldaten retten Europa vor Putin“. Ich behaupte, das sind vorgeschobene Übertreibungen. Selbst Putin ist nicht so verrückt, dass er mit einem Angriff auf einen westeuropäischen Staat ganz Russland riskiert.

*Peter Mathei, Alberschwende*

### Weltpolitik

Übrigens: Von dem 61 Mrd. USD-Hilfspaket für die Ukraine, das kürzlich vom Kongress nach langem Streit abgesegnet wurde, „um Menschenleben zu retten“ (Selenskyj), werden nur 21 Mrd. für Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine verwendet. Der große Rest von 40 Mrd. fließt direkt in die US-Waffenindustrie, hauptsächlich in Form von Aktienkäufen (Lockheed-Martin, Raytheon, Boeing, Northrop...) seitens der US-Regierung. Ich sag's ja nur, weil's in keiner Zeitung steht, und weil's weder der Tarek Leitner noch der Armin Wolf sagen.

*Leserbriefschreiber der Red. bekannt*

### Die Klima-„Religion“

In geradezu missionarischem oder „religiösem“ Fanatismus wird den Menschen eingeredet, dass ausschließlich das böse CO<sub>2</sub> für die Klimaveränderung bzw. -erwärmung verantwortlich sei. Nun, der Mensch mag ein paar Zehntel Grad zur Erwärmung der Erde beitragen, doch die wichtigere und wesentliche Triebkraft des Klimas ist die Sonnenaktivität! Wärmeperioden gab es in der Erdgeschichte schon viele, ganz ohne CO<sub>2</sub> oder „Einfluss des Menschen“. Dazu ein Zitat von John. F. Clausen, Nobelpreisträger für Physik 2022: „Das populäre Narrativ über den Klimawandel spiegelt eine gefährliche Korruption der Wissenschaft wider, die die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden Menschen bedroht. Die fehlgeleitete Klimawissenschaft hat sich zu einer massiven schlagzeilenträchtigen Pseudowissenschaft ausgeweitet.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

*Manfred Waldner, Fulpmes*

### EU-Märchen versus Realität

Altkanzler Wolfgang Schäuble übt sich im SN-Interview (11. April 2024) im Wiederkäuen der faktenverschleiernenden Mär, wonach der EU-Beitritt eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen wäre. Die Wirklichkeit hingegen ist: Österreich war vor dem Beitritt bereits EWR-Mitglied und dadurch waren rund 4/5 des europäischen Binnenmarktes ohnehin schon gegeben. Insofern ist die Bezeichnung EU-Märchenonkel für Schäuble nicht übertrieben. Die Vereinheitlichungsmaschinerie EU ist in erster Linie ein politisches(!) Projekt, welches der Bevölkerung ungefragt aufs Auge gedrückt wird: Die sukzessive Wandlung vom europäischen Staatenbund zum Bundesstaat. Dass die EU für

die Eliten eine feine Sache ist, wird wohl niemand abstreiten. Währenddessen das Gros der Normalsterblichen die „Segnungen“ voll abbekommt, jüngste Beispiele: die geplante Liquidierung der Einlagensicherung auf Sparbücher bei den heimischen Banken oder auch der Smart-Meter-Irrsinn. Für beide Probleme liegt die «Keimquelle» wohl gemerkt in Brüssel – die EU ist somit nicht der unschuldige Sündenbock, als der sie so oft verniedlichend hingestellt wird.

*DI. Stephan Zanzerl, Salzburg*

### Von wegen freie und faire Wahlen

Mitte März waren die Bürger Russlands zur Wahl aufgerufen. Und wie bereits zuvor feststand, wurde diese Wahl vom Westen als eine reine Farce bezeichnet. Zum einen, weil es de facto gar keine Opposition existiere, zum anderen, weil es eine staatliche Propagandamaschinerie gebe, die Herrn Putins erneute Kandidatur unterstütze. Von freien, demokratischen Wahlen könne mithin nicht die Rede sein.

Nun bin ich in der Tat kein Intimus der russischen Innenpolitik. Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Kritik an den Wahlen in Russland so verlogen ist, wie es schlimmer nimmer ginge! Und warum? Darum:

- 2019 wurde Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin bestimmt, obwohl sie bei der Europawahl überhaupt nicht als Kandidatin angetreten war. Schmachhaft gemacht hatte Frau von der Leyen den EU-Parlamentariern ihre Wahl mit dem Versprechen, dem Parlament endlich ein Gesetzesinitiativrecht verschaffen zu wollen. Einmal gewählt, ließ sie diese Ankündigung dann aber unter den Tisch fallen.
- Nach der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen Anfang 2020 hatte die amtierende Bundeskanzlerin Merkel das Ergebnis als „unverzeihlich“ bezeichnet und gefordert, die Wahl rückgängig zu machen. Wenige Tage später trat der Wahlsieger Thomas Kemmerich (FDP) von seinem Amt zurück.
- De facto gibt es im Deutschen Bundestag nur eine einzige Oppositionspartei, die AfD. Alle anderen Parteien sind, anders als ihre Namen vermuten lassen könnten, mehr oder minder stark grün... Über die Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen (Landtagswahlen in den Bundesländern der ehemaligen DDR; Red.) oder gar über das Ergebnis schweigen sie lieber. So wie sie auch darüber schweigen, dass W. Selenskyj die für März geplanten Wahlen in der Ukraine abgesagt und mehrere Parteien und Sender im Land verboten hat.

*Auszug aus Newsletter von Axel Retz vom 28. März 2024*

**Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.**

# Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

## EFTA schließt Freihandelsabkommen mit Indien

Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein, die vier Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), haben nach 16jährigen Verhandlungen Anfang März ein Freihandelsabkommen mit Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, abgeschlossen. Die Vertragspartner haben sich auf einen weitgehenden Zollabbau geeinigt. Zölle auf Industrieprodukte werden entweder sofort oder mit einer Übergangsfrist aufgehoben bzw. reduziert. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse gibt es maßgeschneiderte Regelungen zwischen Indien und den einzelnen EFTA-Staaten. Darüber hinaus soll das Abkommen für bessere Rahmenbedingungen und mehr Rechtssicherheit sorgen.

Der Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmelin sprach von zusätzlichen Chancen, die sich sowohl für Indien als auch für die EFTA-Staaten durch dieses Abkom-

men ergeben. Die EFTA-Staaten erhalten Zugang zu einem wichtigen Wachstumsmarkt, Indien wiederum ziehe zusätzliche Investitionen aus den EFTA-Staaten an, die letztlich zu einer Zunahme hochwertiger Arbeitsplätze führen würden.

Indien hat in den vergangenen Jahren bereits Freihandelsabkommen mit Australien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) abgeschlossen. Die Verhandlungen über einen Vertrag mit Großbritannien sind laut Beobachtern weit fortgeschritten.

Das Abkommen mit Indien wird nach Abschluss der länderspezifischen Ratifizierungsprozesse spätestens 2025 in Kraft treten. *Quellen: dw.com; gtai.de; orf.at*

**Die 1960 gegründete EFTA ist weltweit der zehntwichtigste Wirtschaftsraum bei Industrieprodukten und der achtwichtigste bei Dienstleistungen. Im Unterschied zur EU hat sie keinen überbor-**

**denden bürokratischen Apparat, keine obrigkeitstaatliche Weisungsbefugnis gegenüber den Mitgliedern und keine politischen Ambitionen an der Leine der USA. Sie beschränkt sich auf den Handel und die Wirtschaft durch freiwillig übernommene Vereinbarungen und den Abschluss von partnerschaftlich ausgehandelten Verträgen mit dem Ziel, einen Konsens zwischen prinzipiell Gleichberechtigten herzustellen. Es wird nichts im Hau-Ruck-Verfahren mit faulen Kompromissen über den Zaun gebrochen, sondern es wird so lange verhandelt, bis ALLE Beteiligten zufrieden sind, auch wenn das mitunter länger dauert. Die EFTA ist ein Gegenmodell zur EU, das zeigt, dass es auch anders – und besser – geht, eine erstrebenswerte Alternative für Österreich und weitere Länder im Falle eines EU-Austritts.**

## Niederländische Universitäten begrenzen Zahl ausländischer Studenten



Wegen der hohen Zahl ausländischer Studenten in den Niederlanden haben Einheimische große Schwierigkeiten einen Studienplatz im eigenen Land zu bekommen. Seit 2013 hat sich die Zahl ausländischer Studenten an niederländischen Universi-

täten mehr als verdreifacht. Die Kritik daran nahm immer weiter zu. Hintergrund sind überfüllte Hörsäle, teure Mieten und Wohnungsnot. Der Zuwachs erklärt sich durch die Qualität der Ausbildung, die niedrigen Studiengebühren wie auch durch die steigende Zahl von englischsprachigen Studiengängen. Politik und

Universitätsleitungen planen schon seit längerem einen Kurswechsel. Deshalb haben vor kurzem die Universitäten beschlossen, als ersten Schritt weniger Veranstaltungen auf Englisch anzubieten. Weitere Maßnahmen sollen folgen.

*Quelle: de.euronews.com; forschung-und-lehre.de*

## Ein starkes Neutralitätspolitisches Zeichen – die Schweizer Neutralitätsinitiative erfolgreich eingereicht

Am 11. April ist die Schweizer Neutralitätsinitiative mit 132 780 beglaubigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Die Übergabe erfolgte rund ein Monat vor Ablauf der gesetzlichen Sammelfrist. Total wurden über 180 000 Unterschriften gesammelt. Aus zeitlichen Gründen konnten nicht mehr alle Unterschriften den Gemeinden zur Beglaubigung zugestellt werden. Die Anliegen der Neutralitätsinitiative müssen somit innerhalb einer Frist von maximal 36 Monaten einem bindenden Volksscheid zugeführt werden.

Gefordert wird, dass die Neutralität in der Bundesverfassung verankert wird, was sie bisher – erstaunlicherweise – nicht war. Im Artikel 54 soll festgehalten werden, dass die Schweiz keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten darf, es sei denn, sie würde direkt militärisch angegriffen. Untersagt werden

der Schweiz auch „nichtmilitärische Zwangsmaßnahmen“ gegen Krieg führende Staaten. Damit gemeint sind etwa Sanktionen, wie sie die Schweiz aktuell gegen Russland mitträgt.

Die Neutralitätsinitiative war eine dringend notwendige Antwort auf die Orientierungslosigkeit und zunehmende Verlotterung einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik. Obwohl die Initiative in den meisten Medien totgeschwiegen und von EU-NATO-Turbos als „alter Zopf“ ins Lächerliche gezogen wurde, fand das Begehren rasch großen Anklang bei der Bevölkerung. Gerade in



*Einreichung der Neutralitätsinitiative durch das Initiativkomitee mit Unterschriften vor der Bundeskanzlei in Bern.*

**„Wenn die politische Elite die Orientierung verliert, muss der Souverän den falsch eingeschlagenen Kurs korrigieren. Die Neutralitätsinitiative weist den Weg zurück zur immerwährenden, umfassenden und bewaffneten Schweizer Neutralität. Die Schweiz braucht ihre Neutralität und die Welt braucht eine neutrale Schweiz.“**

*Quelle: neutralitaet-ja.ch, auns.ch*

den letzten Monaten übertraf der Eingang an Unterschriften die Erwartungen. Das ist ein starkes Signal, dass die Neutralität der Schweiz nach wie vor ein zentrales Element der Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik bleibt.

*Bild- und Textquelle: neutralitaet-ja.ch*

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### VORTRAG MIT DISKUSSION

#### „Bedeutung der immerwährenden NEUTRALITÄT für unsere Heimat Österreich“

Referent: Bundesheer- Oberst i.R. Gottfried Pausch  
Freitag, 31. Mai 2024, Beginn 19 Uhr  
Hotel „Steinberger“, 3033 Altlenzbach im Wienerwald  
Eintritt: freiwillige Spende  
Nähere Informationen: 0664 489 37 97  
Veranstalter: Initiative Heimat & Umwelt - IHU

\*\*\*

### STANDAKTIONEN

#### NFÖ-Standaktion Wr. Neustadt

Montag, 8. Juli 2024, 9:00 – 14:00 Uhr; Hauptplatz/Neunkirchner-Str., Nähe des „Alten Rathauses“, in Wiener Neustadt

#### NFÖ- Standaktion Graz

Dienstag, 9. Juli 2024, 10:00 - 14:00 Uhr;  
Verkehrinsel am Jakominiplatz in Graz

#### NFÖ- Standaktion Klagenfurt

Mittwoch, 10. Juli 2024, 10:00 - 14:00 Uhr;  
Alter Platz, Nähe Dreifaltigkeitssäule/Pestsäule in Klagenfurt

#### NFÖ- Standaktion Innsbruck

Donnerstag, 11. Juli 2024, 11:00 - 15:00 Uhr;  
Maria-Theresienstr., Nähe Annasäule, in Innsbruck

#### NFÖ- Standaktion Feldkirch

Freitag, 12. Juli 2024, 10:00 - 14:00 Uhr;  
Am Marktplatz in Feldkirch

#### NFÖ- Standaktion St. Pölten

Mittwoch, 24. Juli 2024, 9:00 - 14:00 Uhr;  
Riemerplatz, Nähe Skulptur in St. Pölten

#### NFÖ- Standaktion Linz

Donnerstag, 25. Juli 2024, 9:00 - 14:00 Uhr;  
Am Taubenmarkt beim Springbrunnen in Linz

#### NFÖ- Standaktion Salzburg

Donnerstag, 26. Juli 2024, 10:00 - 15:00 Uhr;  
zwischen Cafe Tomaselli (Alter Markt 9) und  
Cafe Fürst (Brodgasse 13) in Salzburg

An den **Friedensgesprächen** – Runden Tischen diskutieren wir über Aktuelles. An allen **Standaktionen** kann die Parl. Bürgerinitiative „Stoppt die Sanktionen gegen Russland – SOFORT!“ unterschrieben werden. Wenn Sie Zeit haben, uns bei einer Standaktion ein paar Stunden zu unterstützen, freuen wir uns. Auch ein kurzer Besuch ist willkommen. Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

### FRIEDENSGESPRÄCHE

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr  
Gasthaus Zipfereck, Koppreitergasse 6, 1120 Wien  
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Vorarlberg

Samstag, 22. Juni 2024, Beginn 17 Uhr  
Pfarrheim Schoren, Br. Klaus-Raum, Schorenquelle,  
Dornbirn (Zufahrt über Högsterstraße),  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Burgenland

Montag, 8. Juli 2024, Beginn 16 Uhr  
Gasthausbrauerei Haydnbräu, Pfarrgasse 22  
in 7000 Eisenstadt  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Steiermark

Dienstag, 9. Juli 2024, Beginn 16 Uhr  
Panthersaal, Gasthaus Lend-Platzl, Lendplatz 11  
In Graz  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Kärnten

Mittwoch, 10. Juli 2024, Beginn 16 Uhr  
Café Lounge im Restaurant, Hotel Sandwirth,  
Pernhartgasse 9, 9020 Klagenfurt  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Tirol

Donnerstag, 11. Juli 2024, Beginn 17 Uhr  
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Niederösterreich

Mittwoch, 24. Juli 2024, Beginn 16 Uhr  
Seminarraum im 1. Stock, Cityhotel D&C,  
Völkplatz 1, in St. Pölten  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Oberösterreich

Donnerstag, 25. Juli 2024, Beginn 16 Uhr  
Kaffee Glockenspiel, Hauptplatz 18, 4020 Linz  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Salzburg

Freitag, 26. Juli 2024, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstraße 2  
(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

Ferdinand-Hanusch-  
Platz  
vor dem AVA-Hof

### Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 11. Mai 2024

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität,  
unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung:

Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung:

IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098



Zum Lesen anregender Bücherbaum -

verschönert durch einen Zierkirschenbaum im Hintergrund, in einem besonders kinderfreundlichen öffentlichen Park in Nasseireith, in Tirol.

Bild: rp